

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek

souverän in Süderelbe

Mitglied im Dachverband

Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 14.06.2018

Vorschläge zur Stabilisierung der sozialen Infrastruktur in Neugraben-Fischbek

1. Ausbaupläne für Schulen umgehend neu überarbeiten.
2. Städtische Träger mit vordringlichem Kita- Ausbau beauftragen.
3. Schulpersonal im Stadtteil massiv ausbauen / Lehrerflucht aus Süderelbe stoppen.
4. Vereinbarte Straßensozialarbeit bis 2021 ausfinanzieren.
5. Notfalls Aufhebung der wohnortnahen Beschulung für Kinder mit Fluchthintergrund.
6. Anteil Kita-Kinder mit Fluchthintergrund (mind. in Neubau-Kitas) auf 20% begrenzen, um bessere Integration zu erreichen.
7. Anteil Schüler mit Fluchthintergrund in Klassen auf 20% begrenzen, um für sie bessere Lernchancen zu garantieren.
8. Keine weitere Neubelegung der örU im Stadtteil durch fördern + wohnen ab 2019 zur Stabilisierung der sozialen Infrastruktur.
9. Klare Priorisierung der Bereitstellung sozialer Infrastrukturen vor dem Weiterbau von Wohnungen (Infrastruktur First).
10. Vorzeitige Aufgabe der Reservehaltung Standort Geutensweg. Sofortiger Planungsbeginn der Folgenutzung.
11. Schrittweise Rückführung der Reihenhäuser Aschenland III an die SAGA für die reguläre Vermietung.
12. Ernsthafte Prüfung eines kommunalen MVZ durch die BGV.
13. Linienasttausch S31/S21 in Altona, um den Einsatz der Langzüge auf der S31 möglich zu machen.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, souverän in Süderelbe

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek souverän in Süderelbe

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, souverän in Süderelbe wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Flüchtlingsgroßunterkunft in Neugraben-Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und zeigt Defizite in der Infrastruktur auf. Die Bürgerinitiative hat im Juni 2016 einen Bürgervertrag mit Vertretern der Bürgerschaft, der Freien- und Hansestadt Hamburg sowie dem Bezirksamt Harburg abgeschlossen. Dieser regelt neben Fragen der Flüchtlingsunterbringung auch Infrastrukturthemen.